

Zeitschrift: Freidenker [1908-1914]
Herausgeber: Deutsch-Schweizerischer Freidenkerbund
Band: 21 (1913)
Heft: 18

Artikel: Sozialdemokratie und Kirche
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-406369>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Der Freidenker

Abonnement für Deutschland und Schweiz (auch auf jedem Postamt) vierteljährlich M. 1.40 = Fr. 1.75. Für andere Länder M. 1.60 = Fr. 2.—

Heil dir, Prometheus! In eifriger Nacht | hast du das Feuer den Menschen gebracht.
 Doch wehe, da liegst du, vom Götterneide | in Ketten geschmiedet, dem Geier zur Weide!
 Der nistet, wo Purpur und Kutte thront | und wahngeblendet der Sklave front.
 Empöre dich, Riese, recke die Glieder | und schlage den Feind mit der Kette nieder!
 Triumph! Aus Scheiterhaufen und Schranke | schwebt auf zur Sonne der freie Gedanke.

Erscheint halbmönatlich. Inzerate kosten pro viergespaltene Peitzelle 20 Pfg. = 25 Cts., bei Wiederholungen Rabatt. Probenummern gratis.

Zeitschrift des Deutschen Freidenkerbundes und des Deutsch-Schweizerischen Freidenkerbundes

Nr. 18 (14) Lfd. Nr. 514 München und Zürich, den 15. September 1913

21. Jahrgang

Inhalt: Sozialdemokratie und Kirche. Von G. Peus, Mitglied des Reichstages (Dessau). — Arbeiterschaft und Kirche. Von Otto Lehmann-Rußbüldt (Berlin). — August Bebel als Freidenker. — Kirchenbesuchstatistik. — Was kostet und was leistet die Kirche? — Freidenkertum. — Mitteilungen. — Inzerat. — Schriften-Verzeichnis.

Sozialdemokratie und Kirche.

Von G. Peus, Mitglied des Reichstages*) (Dessau).

Das Thema ist schon außerordentlich viel erörtert worden. Und doch kann man nicht behaupten, daß das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche überall völlig klar und richtig vorgestellt würde. Im sozialdemokratischen Programm steht folgendes:

„Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

Weltlichkeit der Schule.“

Die Religion soll also zur Privatsache erklärt werden. Heute ist sie Staatsache, sie wird in der bestimmten

*) Auf das Freudigste begrüßen wir diese Darlegungen eines Führers der Sozialdemokratischen Partei. Sie entsprechen dem Standpunkte, den wir längst behaupten. Wägen sie in der Partei eine tieferegreifende Wandlung herbeizuführen helfen. Ich empfehle, daß — mit Erlaubnis des verehrten Verfassers — dieser Aufsatz als Flugblatt verbreitet wird, nebst Stellen aus dem Aufsatz „Arbeiterschaft und Kirche“ (auch in dieser Nummer). In erster Linie sollten die Vereine diese Nummer unseres Blattes massenhaft und zu diesem Zwecke rasch bestellen.
 Dr. Bruno Wille.

kirchlichen Form mit den Mitteln des Staates dem Menschen aufgedrängt.

Die Sozialdemokratie wendet sich nicht gegen die religiösen Ueberzeugungen. Die sind Sache der persönlichen Freiheit — nicht in dem Sinne, daß niemand dem andern mit den Mitteln ehrlicher Meinungsäußerung nahe kommen dürfte, sondern nur, daß keinerlei äußerlicher Druck, keine politische oder gesellschaftliche Macht der religiösen Ueberzeugung zu nahe treten darf.

Mit dieser Auffassung des sozialdemokratischen Programms stehen die im Deutschen Reich im wesentlichen in Frage kommenden Kirchen, die katholische wie die protestantische, in scharfem Widerspruch. Beide sind nicht die vom Staate freien Kirchen, welche die Sozialdemokratie verlangt. Sowie die Sozialdemokratie die politische Macht erlangt, wird sie jede Verbindung zwischen Staat und Kirche aufheben, insbesondere nicht gestatten, daß irgend welche materiellen Mittel von Seiten des Staates für die Kirche aufgewendet werden. Die sozialdemokratische politische Partei kann nichts anderes tun, sie kann nicht ihre politische Macht benutzen, um gegen die Kirche als Verkünderin einer religiösen Ueberzeugung zu kämpfen. Diesen Kampf muß sie ihren Mitgliedern selbst überlassen.

Die einzelnen Sozialdemokraten stehen der Kirche aber in doppelter Eigenschaft gegenüber, als solche, die zu den Lehren und Bestrebungen der Kirche irgend ein Verhältnis haben, und als Sozialdemokraten, die ihr Programm hinsichtlich des Kirchenwesens anerkennen und natürlich auch durchzuführen suchen müssen.

Ist ein Sozialdemokrat ein gläubiger kirchlicher Christ, so muß er gleichwohl bereit sein, auf die materielle Unterstützung des Staates, dessen Steuern auch von An-

dersgläubigen aufgebracht werden, für seine Kirche zu verzichten, er muß bereit sein, auch die Kirche, deren Erfolg er wünscht, vom Staate zu trennen.

Noch ganz anders aber steht die Sache, wenn der Sozialdemokrat zu den im kirchlichen Sinne Ungläubigen, den religiös völlig Indifferenten gehört, wenn er der Kirchenlehre abweisend gegenübersteht. Dann fesselt ihn innerlich nichts mehr an die Kirche, dann muß er aber auch das lebhafteste Interesse daran haben, daß der Kirche die Macht, mit Hilfe des Staates einen ihr nicht zukommenden Einfluß auszuüben, so schnell wie möglich genommen werde. Und das kann er auf die leichteste Weise von der Welt dadurch erreichen, daß er für seine Person aus der Kirche austritt und dadurch der Kirche die Macht, die ihr mit seiner Mitgliedschaft und Steuerzahlung gegeben ist, entzieht.

Dieser Austritt aus der Kirche muß sein persönliches Werk sein, ein Ausfluß seiner Ueberzeugung, dazu kann ihn und darf ihn die Sozialdemokratie als politische Partei nicht anhalten. Wohl aber dürfen natürlich Sozialdemokraten, die dann nicht im Auftrage der Partei handeln, ihn dazu auffordern. Aber noch mehr, auch die Sozialdemokratie als Partei hat das Recht, ohne mit ihren Grundsätzen in Widerspruch zu geraten, denjenigen ihrer Mitglieder, welche innerlich mit der Kirche gebrochen haben, auf deren Ueberzeugung sie also in kirchenfeindlichem Sinne gar nicht mehr einzuwirken braucht, den Rat zu geben, aus der Kirche auszutreten, weil das im sozialdemokratischen Programm gesteckte politische Ziel dann sehr viel schneller erreicht werden kann. Denn wenn die Kirche nur noch die moralische und materielle Unterstützung derjenigen genießt, welche ihr innerlich noch zustimmen, dann kann der Staat den heutigen Zustand staatlicher Unterstützung der Kirche nicht mehr aufrecht erhalten. Wer innerlich mit der Kirche gebrochen hat — und wie unermesslich viele sind das! —, der handelt als Sozialdemokrat inkonsequent, wenn er durch die Fortsetzung seiner Mitgliedschaft und die Erfüllung der damit verbundenen Steuerpflicht den Zustand mit aufrecht erhalten hilft, den er nach dem sozialdemokratischen Programm mitbekämpfen soll und will. Kürzlich hat mein Genosse Liebknecht in einem Artikel des „Vorwärts“ (v. 25. Juli), in dem er die Frage des preußischen Wahlrechts erörterte, gemeint, „im Austritt aus der Landeskirche und im Boykott der Kircheneinrichtungen liege eine noch nicht genug geübte Machtanwendung, deren Wert nicht unterschätzt werden dürfe“. Natürlich hat Liebknecht sich mit diesen Worten ebenfalls nur an die gewandt, welche innerlich mit der Kirche zerfallen sind. Andere, die noch an der Kirche hängen, mit der Gewalt der Partei zum Austritt aus der Kirche zu drängen, fällt auch Liebknecht nicht ein.***) Aber er denkt an die Bundesgenossenschaft der Staatskirche mit dem Klassenstaate und findet es mit Recht wunderbar, daß solche, die mit der Kirche und ihrer Lehre sich innerlich gar nicht mehr verbunden fühlen, durch ihre Mitgliedschaft und ihre Kirchensteuer just die Staatskirche aufrecht erhalten helfen, die das Programm der Sozialdemokratie verwirft.

In einem Artikel des „Freien Worts“ (Frankfurt a. M.) hat das Komitee „Konfessionslos“ ausgerechnet, daß im Deutschen Reiche jährlich mindestens 112 Millionen Kirchensteuern gezahlt werden. Es mag nicht leicht sein festzustellen, wieviele von diesen 112 Millionen auf solche Sozialdemokraten entfallen, die keinerlei innerliches Verhältnis mehr zu der Kirche und ihrer Lehre haben. Das aber ist gewiß, daß die von diesen Sozialdemokraten

an die Kirche gezahlte Kirchensteuer in ihrem Gesamtbetrage weit hinausgeht über die nur ca. 3½ Millionen Mark, die heute die gesamte sozialdemokratische Partei an Mitgliederbeiträgen für ihre politische Organisation aufbringt. Das ist ein höchst blamabler Zustand, denn für die sozialdemokratische Partei kämpfen und gleichzeitig die ihr Programm verwerfende Staatskirche unterstützen, obwohl man obendrein weiß, wie diese Kirche dem Klassenstaate gegen die Sozialdemokratie offen und geheim beisteht, das ist ein unerträgliches Widerspruchs.

Das Komitee „Konfessionslos“ hat die völlige Gleichgültigkeit der Bevölkerung, insbesondere der protestantischen, gegen die Kirche aufs schlagendste nachgewiesen, indem es durch genaue Zählungen feststellte, daß der Kirchenbesuch der protestantischen Bevölkerung selbst auf dem Lande nur bis zu 3% der Bevölkerung hinaufgeht, in vielen Orten aber bis auf ein erstaunliches Minimum heruntergeht.

Bekanntlich läßt man die Geistlichen heute bei den vier wichtigsten Lebensereignissen (Geburt, Konfirmation oder Schulentlassung, Hochzeit und Tod) eine Art Statistendienst leisten. Das ist ein wenig rühmlicher Verzicht auf Wahrhaftigkeit gerade in wichtigsten Lebensmomenten. Will man dem neuen Erdenbürger einen festlichen Eintritt ins Leben bereiten, so kann ein Gesinnungsgenosse dafür viel trefflichere Worte finden als die stereotypen Wendungen des Taufaktes. Die Schulentlassung kann durch eine mit unseren Anschauungen übereinstimmende Jugendfeier viel wirksamer ausgestaltet werden. Die Hochzeit aber ist eine Angelegenheit, die um so würdigere Form annimmt, je weniger die Intimität der beiden Beteiligten durch recht überflüssige Zudringlichkeit Dritter entweicht wird. Endlich sollte es mehr und mehr Sitte werden, daß am Grabe statt des auf stereotype Redensarten geachteten Geistlichen ein Freund des Toten spricht, der ihn kannte und ihm deshalb auch ein passendes Abschiedswort nachrufen kann. Ist das nicht möglich, so ist ein kunstvoll vorgetragenes Abschiedslied auch ein geeignetes Mittel, dem Begräbnis eine würdige Form zu geben. In Anhalt hat sich unter den Parteigenossen eigens zu diesem Zwecke ein Verein für würdige Bestattungsformen gebildet. Und zur großen Befriedigung der bisherigen Leidtragenden!

Steht somit nicht das Mindeste der Aktion entgegen, daß die nicht mehr kirchengläubigen Parteigenossen aus der Kirche austreten, so ist aber der dadurch mögliche Gewinn ein ganz außerordentlicher. Die von uns erstrebte Weltlichkeit der Schule wird dann sofort eine unumgängliche Notwendigkeit, denn wenn von 100 Schülern 90 Prozent der Kirche nicht angehören, kann man ihnen nicht einen Religionsunterricht geben, der nur für die 10 Prozent anderen passen würde. Dann wäre ein vernünftiger Moralunterricht und Erziehung der jungen Staatsbürger und -Bürgerinnen zu dem Leben, das sie kennen und zu verstehen haben, unbedingt notwendig.

Trotz der mit dem Amte des Geistlichen verbundenen guten Versorgung sind die für die bestehenden Ämter erforderlichen Theologen gar nicht mehr aufzutreiben. Man kann sich denken, wieviel Käuflichkeit der Gesinnung deshalb in die theologischen Ämter hineingerät und dann aufs Volk losgelassen wird. Jeder, der aus der Kirche austritt, hilft dieser moralischen Entartung entgegenzuwirken. Es ist für die Gesellschaft sehr viel nützlicher, wenn es anstelle gewerbmäßiger Theologen mit Lust und Liebe arbeitende Lehrer, Ärzte, Schriftsteller, Chemiker, Techniker und dergleichen gibt.

Vor allem aber wird dadurch, daß die unzähligen Laufende, die ihrem ganzen Denken und Fühlen nach nicht mehr zur Kirche gehören, aus ihr ausscheiden, die Macht der Unwahrhaftigkeit und Heuchelei im gesellschaftlichen und staatlichen Leben gebrochen und das Einzelge-

***) Hoffentlich wird hierbei nicht vergessen, was der Verfasser im zweitvorigen Abschnitte treffend ausgeführt hat.
Dr. Bruno Wille.

wissen wieder in seine Rechte gesetzt. Wer aus der Kirche ausscheidet, hat keinen Grund, deswegen in eine andere ähnliche kirchenartige oder überhaupt die Religionspflege sich zur Aufgabe stellende Gemeinschaft einzutreten. Das ist ganz seine rein persönliche Angelegenheit. Nur von der staatlich reglementierten, polizeilich vorgezeichneten Institution der Zwangsüberzeugung freizukommen und ihr weder moralischen noch materiellen Rückhalt zu bieten, das muß für jeden Sozialdemokraten, der nicht mehr kirchengläubig ist, ein Ziel sein, das er unter allen Umständen zu erreichen suchen muß. Und was ist leichter, zumal für die meisten Sozialdemokraten, als der Austritt aus der Kirche! Dieser Massenaustreit gegen die Kirche macht wirklich keine Schwierigkeiten. Er ist umso wirksamer, je weiter er fortschreitet. Und eine Gegenwirkung ist ganz unmöglich. Im Gegenteil, die Kirche muß in äußerster Bedrängnis kommen. Je mehr Steuerzahler sie verliert, umso mehr muß sie die übrigen belasten. Denn deshalb, weil Hunderttausende aus der Kirche austreten, vom Staate fordern, daß er zu den ca. 80 Millionen Mark, die die Kirche heute im Reiche an staatlichen Zuschüssen erhalten, noch weitere Dutzende Millionen Mark zulege, das wäre denn doch ein zu toller Zustand, gegen den die dann sehr viel zahlreicheren Konfessionslosen den erfolgreichsten Widerstand leisten könnten.

Also hier ist ein Werk, das getan werden kann ohne Opfer, fast ohne Arbeit, nur mit Erfolg. Tun wir's!

Arbeiterschaft und Kirche.

Von Otto Lehmann-Rußbüldt (Verlin).

Im 1. Januarheft 1913 des „Freien Worts“ wies der Sekretär des Komitees „Konfessionslos“ darauf hin, daß das Komitee überraschenderweise bei der Kirchenaustrittspropaganda in weiten Kreisen der politisch organisierten Arbeiterschaft auf heftigen Widerstand stieß. Nicht nur in dem Sinne, daß die sozialdemokratische Partei offiziell den Kirchenaustritt nicht propagiert (was sie mit Recht als politische Partei ablehnen muß!), sondern in dem Sinne, daß ihre Verwaltungsorgane Parteimitglieder, die als Vertrauensmänner des Komitees tätig waren, zur Verantwortung zog. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erdmann wurde an der Abhaltung von öffentlich angekündigten Vorträgen gegen die Kirche gehindert, bereits gedruckte Freidenker-Flugblätter, die auf dem vorjährigen Katholikentag verteilt werden sollten, wurden zurückgehalten. Diese Sprödigkeit der sozialdemokratischen Partei besteht nicht nur in katholischen Gegenden, wo sie noch einen Anschein von Berechtigung hat, sondern auch in dem sehr aufgeklärten Hamburg, wo der Kirchenaustritt kostenlos ist und die Arbeiterschaft leicht durch einen Massenaustritt Wunder wirken könnte.*)

Indessen scheint in der sozialdemokratischen Partei langsam eine Wandlung einzuhalten. Und der Standpunkt, den die Parteiführer längst mit uns vertraten, legt Peus wieder einmal mit Klarheit und Schärfe dar. Wir unterstützen seine Ausführungen, indem wir aus dem ersten Septemberheft der Frankfurter Halbmonatschrift „Das Freie Wort“ einen Aufsatz unseres geschätzten Mitarbeiters Otto Lehmann-Rußbüldt mitteilen, der das Komitee „Konfessionslos“ als sein Sekretär zu trefflichen Erfolgen geführt hat.

* * *

*) Es muß der Arbeiterschaft vorgehalten werden, daß in Hamburg über 20 Volksschullehrer und zahlreiche Staats- und Reichsbeamte aus der Kirche ausgetreten sind, während die Arbeiterschaft sich die geistige Anebelung ihrer Jugend durch die Kirche weiter gefallen läßt.

In den Erörterungen über den Massenaustreit hat im „Vorwärts“ vom 25. Juli 1913 Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht am Ende einer längeren Ausführung gesagt, daß man mit Straßendemonstrationen und Versammlungen für die Erringung eines anderen Wahlrechts in Preußen „schon längst nicht mehr weiter“ käme. Aber: „Im Austritt aus der Landeskirche und im Botschaft der Kircheneinrichtungen erblicken wir noch nicht genug geübte Machtanwendungen, deren Wert nicht unterschätzt werden darf.“

Die Arbeiterschaft muß sich sagen lassen, daß sie bisher im Freiheitskampf gegen die Kirche hinter dem aufricht stehenden und modern denkenden Teil des Bürgertums zurücksteht. Der Kirchenaustritt im Bürgertum weist eine ungleich höhere Beteiligung als in der Arbeiterschaft auf. Wenn die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Kirche aufnehmen würde, so wäre sie darin des Erfolges und Beifalls sicher, wie seinerzeit bei der Ixer Feinze, wo selbst der freikonservative Professor Delbrück in den „Preussischen Jahrbüchern“ von dem „glänzenden Feldzuge der Sozialdemokratie“ gegen den mittelalterlichen Geist des Zentrums sprach. Delbrück sagte damals noch:

„... daß wir diesen Sieg der Sozialdemokratie verdanken und die deutsche Bildung wie der deutsche Liberalismus sich nicht aus eigener Kraft haben behaupten können. Die allgemeine Erregung der literarischen und künstlerischen Kreise in Deutschland gab den unentbehrlichen Hintergrund ab, aber den Sieg verlieh erst die Entschlossenheit und die taktische Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen! Wir sind so weit, diese Partei schon gar nicht mehr entbehren zu können.“

Für die Bedeutung des Kampfes gegen die Kirche genügt das eine Wort: Schule! die Kirche hat die Schule noch zu neun Zehntel in den Krallen. Der Kirchenaustritt stellt das freieste Wahlrecht der ganzen Welt dar, da jeder Preuze männlichen und weiblichen Geschlechts vom vierzehnten Jahre an jeden Tag seine Stimme dafür abgeben kann, daß er den Einfluß der Kirche auf sein Denken und Handeln abweist. Durch einen Massenaustritt des Volkes würde der preussische Staat vor die Notwendigkeit der Lösung des Problems „Trennung von Kirche und Staat und Trennung von Kirche und Schule“ gestellt und zur Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht (die nicht einmal in Oesterreich besteht!) gezwungen. Dadurch würde der Stein ins Rollen kommen und eine geistige und soziale Neugeburt eingeleitet werden, deren Entscheidungsschlachten zuletzt von den politischen Parteien in den Parlamenten geführt werden müssen. Die Kreise des Komitees „Konfessionslos“ erblicken in der Kirchenaustrittsbewegung nicht den entscheidenden Faktor im inneren Freiheitskampf gegen Kirche und Reaktion überhaupt, wohl aber sind sie der festen Ueberzeugung, daß der Kirchenaustritt ein unüberstehlicher Sturmbock ist, der Bresche an der moralischsten Stelle der feindlichen Machtstellung legen kann.

Denn die Kirchenbesuchs-Statistik des Komitees „Konfessionslos“ beweist, daß wenigstens für den evangelischen Bevölkerungsteil Deutschlands von einem religiös-kirchlichen Leben nicht mehr die Rede sein kann. Selbst die protestantische Landbevölkerung weist nur einen Kirchenbesuch bis zu 3 Prozent auf. Für Frankreich hat eine Kirchenbesuchs-Statistik der „Revue des deux mondes“ ebenfalls einen außerordentlich starken Rückgang des kirchlichen Lebens bewiesen. Desgleichen ist in England ein solcher Rückgang konstatiert (siehe „Freies Wort“). Das „Kirchliche Jahrbuch für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands für 1912“ stellt sogar einen